

Rainer Land

## Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus

### Ein Blick zurück in die Zukunft

Vor rund elf Jahren gründete sich an der Humboldt-Universität das Projekt „Moderner Sozialismus“. Bis 1990 wurde in verschiedenen veröffentlichten und unveröffentlichten Texten der Versuch unternommen, ein Konzept sozialistischer Politik jenseits des Staatssozialismus zu entwickeln.<sup>1</sup> Im Herbst 1989 hatte es in der Öffentlichkeit zunächst Hochkonjunktur und wurde für eine kurze Zeit auch im Westen – in Westdeutschland<sup>2</sup>, aber vereinzelt auch in Frankreich, Belgien, Italien und den USA – zur Kenntnis genommen. Doch für die praktische Politik hatte es weder in der sich neu konstituierenden SED bzw. PDS noch für die meisten Vertreter der Bürgerbewegung irgendeine Bedeutung.<sup>3</sup> Mit dem Scheitern einer politischen Neukonstitution der DDR-Gesellschaft, der Voraussetzung einer freien und selbstbestimmten Vereinigung mit Westdeutschland<sup>4</sup>, verschwanden die modernen Sozialisten wieder von der politischen Bühne, der Diskussionszusammenhang löste sich auf und die Personen zogen wieder in verschiedene Nischen. Wenn überhaupt, so gab es Unverständnis: „moderner Sozialismus“ – ist „modern“ nicht das gleiche wie „modisch“?<sup>5</sup> Auch die Versuche, in der SPD, im Forum Ostdeutschland etwa, oder bei den Grünen mit diesem Konzept in die Debatte zu kommen, war nicht von Erfolg gekrönt. In der PDS gab es einige „Modernisten“, der bekannteste ist sicher André Brie. Trotzdem war und ist die PDS nicht die Partei des modernen Sozialismus, für die praktische Politik spielte er kaum eine Rolle und paßte auch kaum in die komplizierte Balance der verschiedenen in der PDS agierenden Gruppierungen.<sup>6</sup>

Im Sommer 1999 legte der PDS-Politiker Gregor Gysi eine Entgegnung auf das Schröder-Blair-Papier der „modernen SPD“ vor, es hatte eine unerwarteten Überschrift – zweimal gleich „modern“: „Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus - Gerechtigkeit ist modern“. Öffentliche Reaktionen lauteten „alter SED-Mief“ oder „Gysis Schafspelz“, „bloß taktisches Einnehmen eines Standpunkts“, „der PDS völlig fremd“, „Klau“ bei SPD und Grünen, bloßer Stimmenfang. Auch manches sympathisierende Urteil stieß sich an „modern“: „Modern ist jeder Wessi-Dreck“ urteilte ein Hamburger Publizist, der vieles an Gysis Vorschlägen gut fand, „doch modern sein heißt, das lehrt uns Schröder, heute dies und morgen das zu wollen“.<sup>7</sup>

Die Ressentiments gegen den Versuch, Sozialismus auf der Basis der Moderne zu rekonstruieren, sind aber nicht nur auf Mißverständnisse oder Unverständnis zurückzuführen. Der moderne Sozialismus ist „revisionistisch“, denn auch wenn er im Marxismus wurzelt, verläßt er marxistische Vorstellungen in wichtigen Positionen. Er ist nicht „anti-kapitalistisch“ im Sinne der Ablehnung einer Kapitalverwertungsökono-

<sup>1</sup> Über den Hergang vgl. André Brie: Die Verhältnisse tanzen lassen. Das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89. In: Z, Nr. 16, Dezember 1993, S. 45-53; Rainer Land: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten? In: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 1994, S. 233.

<sup>2</sup> „Eine ungewöhnlich modern anmutende Sozialismuskonzeption ging von individueller Autonomie, freier gesellschaftlicher Assoziation, kommunikativer Verständigung und der demokratischen Einhegung ansonsten unbeeinträchtigter ökonomischer Rationalität aus“. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt a.M. 1992, S. 324f.

Vgl. auch Helmut Wiesenthal: Politik im neuen Deutschland: Moderne Sozialismustheorie für die PDS? Das DDR-Umbaupapier. In: Kommune 8/1990.

André Gorz: Und jetzt wohin? Rotbuch-Verlag 1991, S. 34ff.

Wolfgang Fritz Haug: Wahrnehmungsversuche. Beiträge zur Verständigung in der Krise des Marxismus. Argument-Verlag Berlin 1990.

Frank Wilhelmy: Der Zerfall der SED-Herrschaft, Münster/Hamburg 1995

<sup>3</sup> Vgl. Rainer Land (Hg.): Das Umbaupapier. Rotbuch Berlin 1990, Nachwort.

<sup>4</sup> Die Argumente für diese Sicht vgl.: Rainer Land, Ralf Possekel: Fremde Welten. Chr. Links Verlag Berlin 1998, S. 204ff.

<sup>5</sup> So Michael Jäger im Freitag Nr. 42 vom 13. Oktober 1995.

<sup>6</sup> Vgl. Rainer Land, Ralf Possekel: PDS und Moderner Sozialismus. In: M. Brie, M. Herzig, Th. Koch: Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen. PapyRossa 1995.

<sup>7</sup> ND vom 7.8.1999, Gastkolumne von Otto Köhler.

mie, er will Kapitalverwertung durch gesellschaftliche Institutionen gestalten. Er lehnt Etatismus ab, ohne anti-etatistisch zu sein, denn er sieht in der Dominanz der Partei und des Parteistaates über die Gesellschaft eine der zentralen Ursachen für das Scheitern des leninistischen Sozialismus und die Entstehung eines stalinistischen bzw. poststalinistischen „Staatssozialismus“. Und er ist liberal, wenn auch eher in einem libertären Sinn. Seine politische Strategie zielt nicht auf die Verteidigung oder den Ausbau der fordistischen Regulationsweise, des Wohlfahrtsstaates der etatistischen Sozialsysteme, die er vielmehr überwinden oder libertär neu verfassen will. Auf den ersten Blick sieht vieles daher nach einer modifizierten Variante von Neoliberalismus aus. Und tatsächlich sind einige Intentionen des modernen Sozialismus dem Neoliberalismus nicht unähnlich. In Wirklichkeit aber ist er der eigentliche Antipode des Neoliberalismus.

Moderner Sozialismus war gedacht als eine Strategie der Überwindung eines staatssozialistischen Fordismus<sup>8</sup> und es schien uns durchaus logisch, daß es „Synergien“ mit denjenigen Kräften in Westdeutschland, in Italien und anderswo geben könnte, die ebenfalls eine Strategie der „Aufhebung“ des fordistischen Kapitalismus vertraten. Dieser „Traum“ ging nicht in Erfüllung. In Westdeutschland dominierte die Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Neoliberalismus, dem fast ausschließlich defensive Strategien zur Verteidigung des fordistischen Partizipationsmodells entgegengesetzt wurden – oder Langzeitstrategien zur Gewinnung kultureller Hegemonie, die nur dann hätten wirksam sein können, wenn sie sich mit einer offensiven Strategie der Überwindung des fordistischen Kapitalismus durch Reform seiner Institutionen verbunden hätten. Ein Teil lief zum Neoliberalismus über, andere begaben sich auf rein akademische Höhen, und viele klagten über die Erosion ihrer Hoffungen auf neue soziale Bewegungen, auf Zivilgesellschaft und Ausbau des Sozialstaats in globalen Dimensionen und verurteilten weiterhin den „Selbstverwertungsdrang des Kapitals“ und seinen „Akkumulationstrieb“, als dessen native Jünger die in Kapitalismus unerfahrenen Revisionisten aus dem Osten manchen erschienen. Unsere Vorstellungen, durch institutionelle Reformen zu einem neuen Entwicklungspfad „nach dem Fordismus“<sup>9</sup> zu finden und dafür einen veränderten Grundkonsens und neue Regeln zum Ausfechten der Interessenkonflikte zu suchen, wurden zwar zur Kenntnis genommen, hatten aber für die Reorganisation der westdeutschen Linken praktisch keine Bedeutung. Den einen war das Konzept zu sozialistisch, den anderen zu wenig anti-kapitalistisch und Manche sahen darin einen Verstoß gegen die guten Sitten: Wollt ihr etwa „Herrschaftstechniken praktizieren“? Natürlich, das wollten wir.<sup>10</sup> Eine andere Herrschaft, eine andere Technik, eine Herrschaft mit anderen Partizipationsregeln. Aber doch eine Herrschaft.

Was sind moderne Gesellschaften?

Ich konzentriere mich aus Platzgründen und mangels Kompetenz auf ökonomische Aspekte<sup>11</sup> und benutze den Begriff „Moderne“ strikt analytisch, d.h. zur Beschreibung eines Sachverhaltes, der an sich weder gut noch schlecht, weder wünschenswert noch verdammungswürdig ist, sondern der, historisch entstanden, eine Voraussetzung unseres Handelns ist, was immer wir wollen und dafür oder dagegen tun.

Der Begriff „moderne Gesellschaften“ oder „Moderne“ stammt natürlich weder von Schröder noch von Margret Thatcher und ist auch keine Erfindung der Modejournalisten oder der Kunstkritiker. Ich verweise zunächst auf Marx, der von „moderner bürgerlicher Gesellschaft“ spricht. Sicher hatte auch er Vorläufer,

<sup>8</sup> Mario Candeias spricht in diesem Heft von einem „halbierten Fordismus“. Vgl. auch Rainer Land: Fordismus und Planwirtschaft. In: Michael Brie, Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1992.

<sup>9</sup> Vgl. Berliner Debatte INITIAL 6/1996, S. 18.

<sup>10</sup> Vgl. Rainer Land, Ralf Possek: Fremde Welten, a.a.O., S. 190ff.

<sup>11</sup> Für die politische, kulturelle und juristische Dimension verweise ich auf Arbeiten von Michael Brie, Hans-Peter Krüger, Rosemarie Will. Die Darstellung des Zusammenhangs von ökonomischer, politischer und kultureller Evolution von Hans Peter Krüger: Die kapitalistische Gesellschaft als erste moderne Gesellschaft. In: Humboldt-Universität zu Berlin: Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988, (Graue Literatur), ist auch veröffentlicht in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38 (1990) 3. Zum sozialistischen Rechtsstaat vgl. Rosemarie Will: Rechtsstaatlichkeit als Moment demo-

sein Verdienst aber war, die Besonderheit der „modernen Gesellschaft“ in ihrer Differenz zu den „traditionellen“ auf den Begriff zu bringen und ihre ökonomische Grundlage zu erklären. Es ist die Permanenz der Veränderung: Produktivkraftrevolutionen, ständige und periodisch anschwellende Umwälzungen aller gesellschaftlichen Verhältnisse, ein zwanghafter Vorgang einer nicht endenden Kette von Modernisierungen, die „fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung“<sup>12</sup>. In moderne Gesellschaften sind „Evolutionsmaschinen“ eingebaut. Sicher, Evolution gibt es auch in vormodernen Gesellschaften. Aber sie ist nicht nur langsamer, vor allem tritt sie nur in besonderen Konstellationen auf, und – dies ist entscheidend – Evolution zerstörte jedesmal die Gesellschaften, aus denen sie entsprang. Alle vormodernen Gesellschaften gehen mit der Entwicklung ihrer Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse unter, erst auf ihren Trümmern entstehen neue Produktions- und Lebensweisen, neue Kulturen. Moderne Gesellschaften existieren nur, weil, wenn und solange sie ihre Produktions- und Lebensweisen immer wieder revolutionieren und ihre Verkehrsverhältnisse umwälzen. Sie sind von einem in ihren Institutionen verankerten Modernisierungszwang „besessen“ und betreiben Veränderung als Selbstzweck.<sup>13</sup>

Marx hat nun versucht, die Funktionsweise einer dieser „Evolutionsmaschinen“ zu klären, und er hat eine Reihe wesentlicher Punkte erklärt, wenn auch – wie ich meine – nicht alle und auch nicht alle richtig.

Dies ist zunächst die kapitalistische Produktionsweise, die *Kapitalverwertungsökonomie*, die Marx als die „Basis“ betrachtete. In heutiger Terminologie ausgedrückt: Evolution kommt zustande durch kumulative Innovationsprozesse, d.h. Inventionen, die verbreitet und mit vorhandenen Produktions- und Konsumtionsprozessen rekombiniert und die in verschiedenen Rekombinationen selektiert werden. Die Selektion, d.h. das Maß der Verbreitung oder Nichtverbreitung einer Innovation, ist abhängig von den Effekten, die auf die bestehende Wirtschaft und die bestehende Gesellschaft haben. Daraus folgt eine wesentliche Bedingung der „Permanenz“ von „Produktivkraftentwicklung“: Solange die Ökonomie nicht von der Lebensweise abgekoppelt ist, solange Wirtschaft und Gesellschaft nicht durch eine Grenze getrennt sind, bestimmt sich der Selektionswert einer Innovation durch die unmittelbaren Wirkungen auf die „Lebensweise“ der Gemeinwesen, auf Herren und Knechte, auf die Abhängigkeitsverhältnisse. Innovationen können kaum den gegebenen Lebenshorizont überschreiten – oder nur, wenn er sowieso schon durch besondere Lagen, Katastrophen aufgebrochen ist. Weil Neuerungen die traditionelle Sozialordnung destabilisieren, gehören Verbote von Innovationen oder doch von bestimmten Innovationen und eine strikte Beschränkung des Zugangs zu innovativen Potentialen regelmäßig zum Instrumentarium vormoderner Herrschaft.

Durch die *Trennung von Wirtschaft und Gesellschaft*, die *Verselbständigung* der Ökonomie wird es möglich, Produktion und Reproduktion zu einem autonomen Subsystem zu konstituieren, in dem singuläre Innovationen erzeugt und (zunächst) ausschließlich hinsichtlich ihrer Wirkung innerhalb der Ökonomie selektiert werden. Die Verselbständigung der Ökonomie ermöglicht eine (zunächst) rein ökonomische Selektion potentieller Innovationen, einen strukturbedingten Selbstbezug wirtschaftlicher Entwicklung. Wirtschaft dient nur sich selbst und bedient nur sich, sagt Schumpeter.<sup>14</sup>

Nun wird man Ökonomie als Selbstzweck, wirtschaftliche Entwicklung um der wirtschaftlichen Entwicklung willen, durchaus problematisch finden müssen, denn dies bedeutet schlicht gesagt, daß lebensweltliche Bedürfnisse, Genüsse, soziale und kulturelle Wirkungen keine immanenten Selektionskriterien des Wirtschaftens sind. Eine losgelassene Ökonomie dieser Art setzt permanent Entwicklungen frei, die aus

---

kratischer politischer Machtausübung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 37 (1989) 9, S. 801; und das von ihr geschriebene Kapitel in: Das Umbaupapier, a.a.O.

<sup>12</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 465.

<sup>13</sup> „Es geht ... um ein ständiges Erzeugen von Anderssein.“ Niklas Luhmann: Beobachtungen der Moderne. Westdeutscher Verlag Opladen 1992, S. 15. Einen Überblick geben: Hans van der Loo, Willem van Reijen: Modernisierung. Projekt und Paradox. dtv München 1992.

<sup>14</sup> Man beachte, daß dieser Zugang die Dynamik aus der Organisation der Ökonomie selbst erklärt. Dies ist etwas ganz anderes, als die plumpe Naturalisierung systemischer Selbstreferenz, die dann vorliegt, wenn der (natürliche) Egoismus oder „Gewinntrieb“ des Menschen zur Prämisse wirtschaftlichen Verhaltens erklärt und zwischen Wirtschaft und Lebenswelt gar nicht mehr unterschieden wird. Dann ist der Unterschied zwischen Affenmenschen, Menschenaffen, antiker Polis, feudalem Mittelalter und Kapitalverwertung ein bloß noch gradueller.

der nichtökonomischen Perspektive sinnlos, ja verrückt scheinen. Aber zunächst einmal ist dies eine Tatsache, sei sie beklagenswert oder nicht.

Eine Gebrauchswert-Ökonomie, die Innovationen nach ihrer Wirkung auf die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Individuen selektiert, und zwar von vornherein und immanent, kann zur Produktion neuer Bedürfnisse nicht kommen. Das hat auch Marx gesehen und die „Produktion um der Produktion willen“ dafür gelobt, denn sie sei universell, während alle vorherigen Ökonomien borniert seien. Sie hätte kein anderes Ziel, als über den gegebenen Zustand hinauszukommen, und sie sei deshalb „Produktion der menschlichen Wesenskräfte als Selbstzweck“, allerdings in einer verkehrten und entfremdeten Weise. Eine an die Bedürfnisse gekoppelte Ökonomie jedenfalls sah Marx nicht als Ausweg, sondern als romantische Rückwendung.

Ähnliche Ausdifferenzierungen selbstbezoglicher „Evolutionsmaschinen“ finden wir im Entstehungsprozeß der Moderne auch in anderen Subsystemen, z.B. Politik und Recht, Wissenschaft und Kunst. Deshalb war für Niklas Luhmann und andere Gesellschaftstheoretiker dieser Richtung eine wesentliche Bestimmung moderner Gesellschaften die *funktionale Differenzierung* in autonome Subsysteme mit einer jeweils eigenen selbstreferentiellen *Kommunikation* – ich spreche in diesem Kontext lieber von *Selektion*.<sup>15</sup>

Autonomie der Ökonomie bedeutet nicht, daß es keine Verbindung zu anderen gesellschaftlichen Verhältnissen oder „Subsystemen“ gibt. Lebensweltliche, kulturelle, religiöse u.a. Selektionskriterien wirken aber nicht immanent, sondern als „äußere Umwelt“ auf das ökonomische System, sind Fremdreferenzen. Ihre „Codes“ haben auf ökonomische Selektionsprozesse nur Einfluß, wenn sie in Selbstreferenzen übersetzt werden, als ökonomische Codes wirken. Ethik hat keinen Einfluß auf Ökonomie, es sei denn, sie schädigt oder nutzt dem Geschäft und erscheint in Heller und Pfennig. Kulturelle Selektionskriterien beeinflussen die ökonomische Selektion, wenn sie z.B. in Form zahlungsfähiger Nachfrage nach Kulturgütern wirksam werden. Gleiches gilt für die lebensweltlichen Bedürfnisse der Individuen, wenn sie über Nachfrage nach Konsumgütern wirken, oder für politische Normen, wenn der Verstoß dagegen das Geschäft schädigt oder Lizenzentzug folgt.

Die zweite Bedingung einer evolvierenden Ökonomie ist die *Selbständigkeit der Produktionsakteure* gegeneinander, die *autonome Verfügung über universell austauschbare Produktionsbedingungen*. Nur wenn die ökonomischen Personen (seien es Individuen oder Kollektive) beliebige Produktionsressourcen erwerben und in neuen Verfahren zu neuen Produkten kombinieren, kommen permanent potentielle Innovationen ins System, treten neue Produktionsfunktionen auf. Dies setzt eine Ökonomie voraus, in der die Produktionsbedingungen nicht mehr „natürlicher“ oder traditioneller und unveräußerlicher Besitz besonderer Individuen sind, sondern in der alle Produkte und Produktionsbedingungen frei zirkulieren, also auf Märkten erworben und verkauft werden können und wo jede Ressource in der Sprache der Zirkulation nur als Quantum des allgemeinen Reichtums gilt. Freiheit der Person, Autonomie der Produktionsakteure, unabhängige Verfügung über Ressourcen und deren freie Austauschbarkeit – historisch in Form des modernen bürgerlichen Privateigentums entstanden – ist die zweite Bedingung einer evolvierenden Ökonomie.

Damit direkt verbunden ist die dritte Voraussetzung: Die *Vergleichbarkeit der Ressourcen* als Waren durch ihren Tauschwert und Meßbarkeit des Verhältnisses von verbrauchten Ressourcen und erzeugten Produkten über ihre Tauschwerte bzw. Preise. Jede Produktionsbedingung und jedes Produkt zirkuliert in der internen „Sprache“ der autonomisierten Ökonomie als Bruchteil der abstrakten Arbeit des Systems, als Quantum der Systemsubstanz. Dies ist bis heute m.E. nicht abschließend erklärt, jedenfalls finden sich hier in der Marxschen Werttheorie wie auch in anderen ökonomischen Theorien ungelöste Probleme.<sup>16</sup> Aber wie auch immer – die Zirkulation von Waren gegen Geld ist eine Tatsache, auch wenn wir noch nicht alles daran wirklich gut verstehen. Erst mit diesen bisher genannten Bedingungen existiert ein

<sup>15</sup> Vgl. auch Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main 1998, Kapitel 3 und S. 473ff,

<sup>16</sup> Ich verweise hier nur auf die von Ruben dargestellten Dimensionsprobleme des Marxschen Wertbegriffs. Vgl.: Peter Ruben: was bleibt von Marx ökonomischer Theorie? In: Camilla Warnke, Gerhard Huber (Hg.): Ökonomische Theorie von Marx – was bleibt. Metropolis-Verlag Marburg 1998

allgemeines Maß und Instrument für die Selektion bzw. Verbreitung von Innovationen.<sup>17</sup> Die letzte Funktion des Tauschwertes ist nicht der Austausch der Waren, sondern die Bestimmung des aktuellen Selektionswertes der in der Ware steckenden und vielleicht lange zurückliegenden Innovation, deren Verbreitung durch den relativen Wert einer Ware und die meßbaren Verwertungseffekte bei ihrer Produktion bzw. ihrer Anwendung reguliert wird.

*Die Strukturierung der Ökonomie als Verwertung vorgeschossener Ressourcen* bewirkt die Feststellung der Effekte von Innovationen und damit die Selektion bzw. die selektive Rekombination von Innovationen zunächst nur innerhalb des ökonomischen Systems. Damit ist an sich das Prinzip der Kapitalverwertung gegeben, unabhängig davon, in welcher konkreten sozialen Gestalt es sich realisiert. Die Form der *Selbstverwertung des Werts*, bei Marx  $G-W-G'$ , ist die Form einer universell gesetzten evolvierenden Ökonomie. Da aber die Verwertung der für eine Innovation verbrauchten Ressourcen von den Effekten dieser Innovation abhängt und diese erst in der Zukunft auftreten, kehrt sich in den selbstreferentiellen Regulationen einer evolutorischen Ökonomie auch die Zeitdimension um. Sachlich werden die Innovationen mit den in der Vergangenheit produzierten Ressourcen erzeugt. In der Systemregulation aber hängt der Preis verbrauchter Ressourcen, sofern sie als Kapital verwertet werden, von den künftigen Reproduktionskosten ab.<sup>18</sup> Die Finanzierung einer Innovation mittels „Kapital“ (also Passiva, Schulden) bedeutet, sie aus Ansprüchen auf künftige Einkommen zu finanzieren, die aus den erwarteten zukünftigen Effekten fließen sollen. Anders gesagt: In einer Marktwirtschaft ohne Kapitalverwertung, wie sie für vormoderne Gesellschaften bestand, werden die Investitionen und Innovationen von heute mit den „Gewinnen“ von gestern finanziert. In einer Kapitalverwertungsökonomie werden die Investitionen von heute mit den Produktivitätseffekten resp. den Gewinnen von morgen finanziert.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Dieses Verfahren führt nicht zwangsläufig zu rundum „vernünftigen“ Ergebnissen. Es gestattet im Unterschied zu allen vorigen Produktionssystemen, zu beurteilen, ob ein ökonomischer Vorgang in einem bestehenden Kontext unter rein ökonomischen Gesichtspunkten „rationell“ ist oder nicht. Aber es wird nicht beurteilt, ob der bestehende Kontext selbst vernünftig ist.

<sup>18</sup> „... weil der Wert der Waren bestimmt ist nicht durch die Arbeitszeit, die ihre Produktion ursprünglich kostet, sondern durch die Arbeitszeit, die ihre Reproduktion kostet ...“ Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. 3. MEW Bd. 25, S. 411.

<sup>19</sup> Die Selbstbeschreibung der fordistischen Kapitalverwertungswirtschaft lautet bekanntlich „Soziale Marktwirtschaft“. Daß der entscheidende Unterschied der eigenen Ökonomie zu einer Marktwirtschaft nicht ausgesprochen wird, hat nicht nur mit Ideologie zu tun, sondern mehr mit dem Mangel an Selbsterkenntnis. Man glaubt, Sparen führe zu Investitionen und Gewinnen. Auch der Staat, so glaubt man, fördere Unternehmen mit Geld, damit sie investieren. All dies ist „marktwirtschaftlich“, geht aber am Prinzip einer Kapitalverwertungswirtschaft vorbei. Wenn eine expandierende Innovationswelle auftritt, so deshalb, weil damit künftige Gewinnchancen verbunden werden. Die dafür erforderlichen Geldvermögen brauchen nicht erspart zu werden, sie entstehen gleichzeitig mit den entsprechenden Schulden (bilanztechnisch dem „Kapital“) im Geldsystem selbst. (Natürlich nicht die sachlichen Ressourcen dafür!) Und wenn die produktiven Investitionen und Innovationen zurückgehen, so nicht, weil Geldvermögen fehlen; im Gegenteil, es ist zuviel da, weil ihnen keine Aussicht auf künftigen Gewinne entspricht. Und dann muß gespart werden, um das Geldvermögen wieder loszuwerden (Demission). Das Verschwinden der Geldvermögen auf Kapitalmärkten mit hoher Selbstreferenz und geringer Ankopplung an reale Produktion ist eine in den letzten Jahren üblich gewordene „informelle“ Demission. Allerdings ist diese Strategie der Vermeidung einer Demissionskrise durchaus nicht ungefährlich und hat zudem negative soziale Umverteilungseffekte, denn die Anleger lassen sich diese Art der Demission teuer bezahlen. Man kann diese Vermögen nur solange hindern, in die Produktion zurückzuffließen, wie die Renditen der Finanzanlagen über denen der Produktion liegen. Wenn geschähe, was der marktwirtschaftlich denkende Mensch zur „Ankurbelung der Wirtschaft“ wünscht, nämlich die Geldvermögen aus den Finanzmärkten in die Produktion zu stecken und Arbeitsplätze zu schaffen, wenn das geschähe, bevor Produktion und Investition von sich aus deutlich expandieren, wäre nicht Wachstum, sondern massive Geldentwertung angesagt. Geld- und Produktivvermögen haben sich gegeneinander verkehrt. In einer Kapitalverwertungswirtschaft entstehen Geldvermögen, wenn die Wirtschaft wächst und die (künftigen) Gewinne steigen, und mit dem neu entstehenden Geld werden die Wachstums-Investitionen finanziert. Und es muß entwertet (oder auf die Finanzmärkte abgeschoben) werden, weil und wenn die Wirtschaft nicht wächst, kaum expansive Innovationsprozesse erfolgen, sondern hauptsächlich kostensenkende mit kontraktiven Wirkungen. Was man in der Krise nicht brauchen kann, kann leider nicht gespart, es muß vernichtet werden. Denn es gilt ja auch der weise Spruch des ehemaligen SED-Generalsekretärs, daß nur konsumiert und investiert werden kann, was

Natürlich sind es immer die gestern produzierten Ressourcen, die real benutzt werden. Aber bei der *Selektion* von Innovationen geht es um die Effekte, die sie in der Zukunft haben werden und die natürlich nicht sicher antizipierbar sind. Innovationen scheiden aus, wenn sie die für ihre Realisierung aufgenommene Hypothek auf die Zukunft nicht einlösen. Zudem hat die Finanzierung von Innovationen und Investitionen durch Geldkapitalschöpfung, durch Ansprüche auf künftige Gewinne, auch einen Effekt auf die heutige Produktion. Ihr Wachstum wird nach Erwartungen an künftige Entwicklungen reguliert, nicht durch psychologische Erwartungen, sondern durch in Geld- und Kapitalmarkttrenditen ausgedrückte Erwartungen.

Reale Produktion und Bewegung des Geldkapitals verkehren sich gegeneinander, die Bewegung des Geldkapital reguliert die Entwicklung der Produktion, nicht mehr umgekehrt. Man mag das kurios, widersinnig oder gar gefährlich finden – und dies ist auch kurios und gefährlich. Aber es ist so; und wäre es nicht so, dann könnte die Wirtschaft einer modernen Gesellschaft nicht als „Evolutionmaschine“ wirken. Zu diesem Punkt gehört natürlich, daß die „Innovationen“ und die hinter ihnen stehenden „Innovatoren“ (bei Schumpeter die Unternehmer) sich gegeneinander durchsetzen müssen, also sachlich um die vorhandenen und begrenzten Ressourcen konkurrieren. Zu betonen ist aber, daß es ein *Wettbewerb um den Erfolg von Innovationen* ist, der mit der *Verfügung über Ressourcen für Innovationen* verkoppelt ist.<sup>20</sup>

Das Prinzip der Verwertung als Umkehrung des Prinzips der Warenzirkulation und die darin enthaltene Verkehrung ist bei Marx klar entfaltet und als Bedingung der Dynamik dieser Produktionsweise erkannt; in den „Reflexusbewegungen“ seiner 1861er Manuskripte arbeitet er sich auch an das Problem der Zeitverkehrung in der Bewegung des Geldkapitals heran. Trotzdem ist die *Verselbständigung der Geldbewegung*, die Abkopplung der Geldemission und -demission von der Zirkulation der Produktionsressourcen bei Marx m.E. nur unzureichend begriffen. Marx hat dieses Phänomen zwar im dritten Band des „Kapital“ bei der Behandlung des Kreditgeldes beschrieben. Aber ich meine, daß erst Schumpeter, und auch der vollendet erst in seinem posthum erschienenen „Wesen des Geldes“, wirklich erklärt hat, wie eine autonom evolvierende Ökonomie durch Geld(kapital)emission und -demission reguliert wird. Nur wenn die Geldkapitalzirkulation gegen Produktion und Warenbewegung verselbständigt wird, ist das Prinzip der Selektion potentieller Innovationen dergestalt realisierbar, daß die künftigen Produktionseffekte die finanzielle Basis der aktuellen Innovationsprozesse sind. Innovationen werden im wesentlichen durch Geldemission finanziert, und sie werden selektiert, indem die künftigen Effekte ihre Kredite refinanzieren oder eben nicht, was bedeutet, daß das Kapital entwertet wird. Ein nebeneinander, allerdings auch temporär auseinanderlaufender Prozeß der Geld(kapital)emission und -demission ist die Lösung, die Schumpeter für die Generierung und Verbreitung von Innovationen gefunden hat. Schumpeter dachte dies in Zyklen, aber das ist nicht so entscheidend. Unverzichtbar ist aber die These, daß Emissions- und Demissionsprozesse nicht parallel und gleichmäßig verlaufen, sondern auseinanderfallen. Natürlich müssen sie langfristig durch umgekehrte Tendenzen ausgeglichen sein, aber das ist platt und langweilig. Langfristig sind wir alle tot, antwortete Keynes auf eine diesbezügliche Frage. Nicht die Tatsache, daß „letztendlich“ ein Gleichgewicht herrscht, sondern daß dieses nur in zeitversetzten Ungleichgewichten existiert, ist interessant. Denn in der Zeit geschieht alles, werden Innovationen verbreitet, selektiert, rekombiniert und eliminiert. Vom Gleichgewicht ausgehende Volkswirtschaftslehren befassen sich mit Ökonomien, in denen

---

vorher produziert wurde. Was man nicht hat, kann man nicht sparen – oder eben nur den Schein. Finanzieren kann man jede Dummheit, produzieren nur manche. Börsenspieler wie Politiker erfahren aber zuweilen, daß sich die Verwechslung von Kapitalverwertung und Marktwirtschaft bitter rächen kann.

<sup>20</sup> Die Konkurrenz von Firmen mit privaten Eigentümern ist eine mögliche, aber nicht hinreichende und schon gar nicht die einzige denkbare soziale Gestalt dieses Prinzips. Wettbewerb um den Erfolg von Innovationen bedeutet nicht notwendig, daß Firmen oder gar deren Besitzer selektiert werden. Zuweilen meinen sogar Vertreter evolutorischer Konzepte, Wettbewerb als kumulative Selektion wäre Selektion von Unternehmen, Aufstieg und Untergang von Firmen, Krieg der Unternehmen auf Leben und Tod. Diese platte vulgärdarwinistische Deutung, die Fitneß mit Aggressivität gleichsetzt, könnte Evolution kaum erklären. Selektiert und bewertet werden Innovationen, und dies erfolgt vor allem *innerhalb* der Unternehmen, wenn sie im Wettbewerb mit anderen versuchen, gewinnbringende Entwicklungs- und Investitionsstrategien umzusetzen, und dazu erfolgversprechende von erfolglosen Innovationen scheiden.

nichts geschieht. Evolutorische Ökonomien, wie die von Marx oder Schumpeter, untersuchen Vorgänge, Perioden sich gegeneinander verändernder Ungleichgewichte, Kämpfe, die Bewegung erzeugen, Ungleichgewichte aufheben und dabei neue erzeugen, ohne Ende. Geldemission und -demission sind immer im Ungleichgewicht – mal in der einen, mal in der anderen Richtung. Und so werden Innovationen mal expansiv verbreitet und mal kontraktiv eliminiert, aber jedesmal ist die Welt nach dem Geschehen eine andere als zuvor. Dies macht den Witz moderner Gesellschaften aus.

Für in Evolutionstheorien beschlagene Leser mag es selbstverständlich sein, aber ich will doch folgendes unterstreichen: Evolution meint eine offene, nicht auf ein bestimmtes Wesen oder Ziel gerichtete Veränderung, in der sich Strukturen und Elemente, Produktivkräfte und gesellschaftliche Verhältnisse, Produkte und Verfahren, Konsumtionsgüter und Lebensweisen, Gemeinschaften und individuelles Sozialverhalten permanent verändern, mal schneller, mal langsamer. Diese Veränderung mag gemessen am Leben eines Individuums langsam sein, aber immerhin erreicht sie in modernen Gesellschaften ein Tempo, das in der Lebenszeit eines Individuums deutlich spürbar wird. Evolution bedeutet aber zunächst nur, daß Innovationen verbreitet und selektiert werden, nicht daß dieser kumulative Innovationsprozeß notwendig „fortschrittlich“ sein oder gar das Leben der Menschen verbessern muß. Natürlich verbreiten sich nur Innovationen und verdrängen andere, wenn sie irgendeinen ökonomischen Vorteil haben, der sich oft in einem besseren Verwertungsgrad ökonomischer Ressourcen ausdrückt. Nur bedeutet dies nicht unbedingt, daß die Produktivität oder Effizienz des Systems insgesamt steigt; es waltet keine höhere Vernunft, und schon gar keine unseren Bedürfnissen oder Wünschen entsprechende Zielgerichtetheit. Zwar stellen einzelne Innovationen deutliche Effizienzsteigerungen gegenüber ihren Vorläufern dar, wie man leicht feststellen kann, wenn man die Stammbäume einzelner Produkte oder Verfahren verfolgt, etwa die Eisen- und Stahlmetallurgie. Aber schon die Frage, ob dadurch der Verwertungsgrad der eingesetzten Ressourcen bezogen auf ein einzelnes Unternehmen permanent besser wird, ist falsch gestellt. Er würde schlechter werden, wenn diese Innovationen nicht realisiert würden. Auch die Frage, ob die Produktivität des Systems als Ganzem (also das Verhältnis des gesamten Outputs zum gesamten Input an Ressourcen) steigt, ist aus erkenntnistheoretischen Gründen nicht exakt beantwortbar und völlig sinnlos, wenn man lange Zeiträume betrachtet – und zwar deshalb, weil der Vergleich zwischen produzierten und verbrauchten Ressourcen die qualitative Identität der zu vergleichenden Ressourcen voraussetzt. Die Effizienzsteigerung, die eine sich verbreitende Innovation gegenüber denjenigen bedeutet, die sie verdrängt, kann ja durchaus Effizienzurückgänge an anderen Stellen des Systems zur Folge haben. Denken wir nur an die Kohleindustrie oder Atomkraftwerke, an Zigaretten, Rennautos oder den Ladenschluß. Innovationen verbreiten sich wegen ihrer singulären Wirkung. Wenn „volkswirtschaftliche“ Effekte als Selektionskriterium wirken sollen, dann bedarf dies zusätzlicher institutioneller Regularien, die es ja begrenzt auch gibt, die vielleicht ausbaubedürftig sind, aber die nie sicher wirken werden, weil der künftige volkswirtschaftliche Gesamteffekt einer verbreiteten und rekombinierten Innovation nur in extremen Fällen (wie bei der Atomkraft, den Zigaretten oder den Rennwagen) halbwegs beurteilt werden können. Kurz: es wäre ein Trugschluß, aus der Tatsache, daß sich die Innovationen verbreiten, die zu einer besseren Verwertung der zu ihrer Erzeugung verbrauchten Ressourcen führen, zu schlußfolgern, daß es notwendig einen rein ökonomisch bestimmten Fortschritt des Produktionssystems insgesamt geben muß. Rein ökonomisch gibt es zwar Unmögliches, aber innerhalb des Feldes möglicher Innovationen keine rein ökonomisch bedingte Richtung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.

Diese Auffassung steht in deutlicher Differenz zu Marx, der von einer ökonomisch determinierten Entwicklungsrichtung kapitalistischer Ökonomien ausgeht. Nicht nur eine allgemeine Produktivitätssteigerung, ein sinkender Wert der Ware Arbeitskraft, eine steigende Mehrwerttrate und eine tendenziell fallende Profitrate, vor allem auch die Entwicklungsrichtung der Klassenstruktur und die damit verbundene soziale Gestalt der Lohnarbeit – reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, Verwandlung der lebendigen Arbeit in ein Anhängsel der Maschinerie auch in den technischen Gestalten des Produktionsprozesses, Reduktion der Lebens- und Konsumtionsweise der Lohnarbeiter auf die Reproduktion der Arbeitskraft – werden als Wirkungen der Selbstverwertung des Kapitals dargestellt. Dies hat zweifellos eine für die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaft nicht zu überschätzende Bedeutung, denn damit wurde immerhin die Möglichkeit einer ökonomisch fundierten Soziologie begründet. Und zweifellos richtig ist auch, daß die im „Kapital“ dargestellten Tendenzen, die von Marx und Engels begrifflich gefaßte „soziale

Lage der arbeitenden Klassen“ über die Kapitalverwertungsökonomie *reproduziert* werden. Trotzdem muß dieses Verhältnis sozialer Lagen nicht notwendig die immanente Selektionstendenz jedweder Kapitalverwertungsökonomie sein. Es ist zunächst logisch auch möglich, daß eine Kapitalverwertungsökonomie nur unter bestimmten Kontextbedingungen diese Gestalt sozialer Differenzierung und sachlicher Abhängigkeit erzeugt, also nicht ihre *Ursache* bzw. ihr *Grund* ist. Dafür spricht – und dies konnte Marx nicht wissen – daß die Entwicklung in diesem Jahrhundert über zwei Transformationsschübe zu einer anderen Art sozialer Differenzierung geführt hat, und zwar nicht, weil sich die oben genannten allgemeinen Grundstrukturen der Kapitalverwertung verändert haben – sie haben sich eher weiter ausgeprägt, insbesondere im Geld und im Finanzsystem. Was sich aber verändert hat, ist der politische, rechtliche und kulturelle Kontext, in dem ökonomische Evolution erfolgte. Wesentliche (politisch erkämpfte und nicht endogen aus der Selbstverwertung des Kapitals entsprungene) Veränderungen unter vielen sind die Herstellung juristischer Gleichheit, unabhängig vom Stand und Eigentum, das allgemeine Wahrrecht, die Zulassung von Arbeiterorganisationen und -parteien, die Entstehung von Verfassungsstaaten und von Sozialsicherungssystemen oder auch die Herausbildung einer eigensinnigen Arbeiterkultur. Sie haben nicht die Prinzipien der Kapitalverwertung geändert, aber eben doch die Selektionsrichtung von Arbeits- und Lebensbedingungen, das Maß der Partizipation, die Muster sozialer Inklusion und Exklusion u.a.

Dies hat mich in den achtziger Jahren zu der Überzeugung gebracht, daß die Richtungsbestimmtheit moderner evolutionärer Ökonomien eine Folge von Fremdreferenzen ist und nicht dem ökonomischen System selbst immanent. So denke ich, daß die Ausbildung einer Klassengesellschaft oder einer sozial differenzierten Partizipationsgesellschaft mit Segmenten sozialer Exklusion (wie es der Fordismus war) oder eben auch ein denkbarer ökologischer Entwicklungspfad moderner Ökonomie von den Kontexten abhängt, in denen eine Kapitalverwertungsökonomie evolviert. Dabei bleiben die Grundelemente der Evolutionsmaschine (Waren, Geld, Kapitalverwertung, Finanzmärkte usw.) erhalten, während die historisch-konkrete Gestalt dieser Ökonomien transformiert wird, z.B. die Arbeits- und Produktionsregime, die Art der Lohnregulation, die Partizipationsregeln, die Bereiche sozialer Exklusion.

Die kapitalistische Klassengesellschaft entstand, als sich die Kapitalverwertungsökonomie zunächst langsam und punktuell und dann in zwei großen Schüben aus einer vorkapitalistischen Klassengesellschaft heraus entwickelte, also unter Voraussetzung einer gegebenen exklusiven Eigentumsverteilung, vorgefundenen politischen und kulturellen Kontexten, sozialer, politischer und kultureller Ungleichheit und persönlicher Abhängigkeit. Mit der Entstehung der als Kapitalverwertung strukturierten „Evolutionsmaschine“ wurde die vorgefundene Klassengesellschaft in eine kapitalistische, über die Kapitalverwertungsökonomie reproduzierte Klassenstruktur transformiert. So gesehen wären der (zunächst) eingeschlagene Entwicklungspfad – die von Marx in der „Produktion des relativen Mehrwerts“ beschriebene Selektionsrichtung ökonomischer Entwicklung als wachsende Ausbeutung, zunehmende Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital – durch die politisch und kulturell gegebenen Voraussetzungen bewirkt. Die konkrete historische Gestalt der entstehenden Produktionsweise war klassenbestimmt, aber nicht jede Kapitalverwertungsökonomie muß es sein. Für eine solche „pfadabhängige“ Erklärung sprechen die Veränderungen in diesem Jahrhundert, die andere (nicht unbedingt „bessere“) Muster sozialer Ungleichheit erzeugt haben, die ich vernünftigerweise nicht als Klassen bezeichnen würde.<sup>21</sup>

Aus einer solchen Interpretation folgt nun, daß in anderen kulturellen und politischen Umgebungen auch andere ökonomische Entwicklungsrichtungen möglich sind. Moderne Gesellschaften haben Gestaltungsmacht über ihre verselbständigten Ökonomien, nicht weil und wenn sie die Autonomie der Ökonomie aufzuheben versuchen, sondern indem sie die politischen und kulturellen Umgebungen dieser Ökonomien verändern, die sich auf die internen Selektionsprozesse wirtschaftlicher Entwicklung auswirken.

Für das Konzept eines modernen Sozialismus ist diese These essentiell. Die Verbindung einer sozialistischen Sozialordnung mit einer modernen Kapitalverwertungsökonomie ist nur dann ein realistisches Unterfangen, wenn die allgemeinen, für die evolutionäre Dynamik notwendigen Institutionen eines autonomen und durch Selbstorganisation evolvierenden Wirtschaftssystems tatsächlich gegenüber der Einbindung in politische, kulturelle und sozialstrukturelle Umgebungen ambivalent sind.



## Moderner Sozialismus

Das Konzept des „modernen Sozialismus“ entstand in der DDR, einer staatssozialistischen (in Rubens Terminologie *kommunistischer*<sup>22</sup>) Gesellschaft. Ähnlich wie der Sowjetunion und den anderen Ländern diesen Typs gelangen ihr durchaus eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklungen, solange es um nachholende Modernisierungen bzw. um Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ging, solange also vorgefundene Industrialisierungsmuster mittels zentraler Verfügung über Ressourcen und politischer Mobilisierung von Arbeitskräften zu kopieren waren. Was aber nirgends gelang, war der Übergang zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung, die nicht mehr kopiert, sondern massenhaft und stetig Innovationen realisiert, verbreitet und rekombiniert, damit Effizienzsteigerungspotentiale aufbaut, die das Gestaltungsmaterial für neue, sozialökonomisch bestimmte, sozialistische Entwicklungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse hätten sein müssen. Der Übergang von einer „extensiv“ zu einer „intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion“, von Wachstum zu Entwicklung – so unsere damalige Analyse – mißlang trotz mehrfacher Anläufe seit der 60er Jahren (Kossyginische Wirtschaftsreformen in der SU, Wirtschaftsreformen des Prager Frühlings, Neues Ökonomisches System in der DDR, später die Honeckersche „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die Modelle in Jugoslawien oder Polen u.a.). Statt nach dem Wiederaufbau zu einer eigenen sozialistischen Entwicklung zu kommen, stagnierte die Wirtschaft und zehrte nach und nach die vorhandene Substanz wieder auf, was am Zustand der Gebäude, Anlagen und Infrastrukturen dieser Länder sichtbar wurde.

Unsere Analysen<sup>23</sup> dieser Vorgänge in der Sowjetunion und der DDR Anfang der 80er Jahre liefen in einer zentralen Feststellung zusammen: den staatssozialistischen Gesellschaften und ihren Wirtschaftssystemen fehlen genau die Glieder, die die Evolutionsfähigkeit moderner Gesellschaften ausmachen, die Stagnation war systembedingt. Es fehlten die Autonomie der Betriebe und die eigenständige Verfügung über Ressourcen für Reproduktion und Innovation, es mangelte an Märkten und sachgerechten Preisen zur ökonomischen Kalkulation von Kosten, Nutzen, Produktivität und Gewinn bzw. Verlust, es gab kein funktionierendes Preissystem. Wenn man Produktionen, die ihre Ressourcen decken, ihr Kapital verwenden, nicht von solchen unterscheiden kann, die Verluste bringen, weil die Preise durch politische Entscheidungen festgelegt werden, weiß man bald nichts Genaueres mehr über den Zustand der eigenen Wirtschaft. Und schließlich fehlte ein autonomes Geldsystem. Dies korrespondierte mit analogen Defiziten in politischen und kulturellen Systemen. Die Nichtanerkennung von Interessengegensätzen verhinderte die Ausdifferenzierung von Institutionen der Konfliktaustragung, die Voraussetzung für Konsens und freie Kooperation sind. Die staatssozialistischen Gesellschaften haben allesamt – mehr oder weniger – eine Reihe der für moderne Gesellschaften essentiellen funktionalen Differenzierungen aufgehoben – die Trennung von Wirtschaft und Gesellschaft, von Politik und Wirtschaft, von Politik und Wissenschaft, in der Politik die Gewaltenteilung, die Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative u.a. Sie haben dies bewußt getan, weil so die spontanen und in ihren sozialen Wirkungen negativen Modernisierungsschübe *ganzheitlich* gesteuert, also in beherrschbare und gestaltete, sozial ausgerichtete Modernisierungen verwandelt werden sollten.<sup>24</sup> Nur gab es bald keine Modernisierungsdynamik mehr, und so war auch nichts zu gestalten – außer in wenigen politisch vorangetriebenen Schlüsselprojekten (Raumfahrt, Militärtechnik, Honeckers Wohnungsbauprogramm oder sein Vier-Megabyte-Chip; Projekte, nach deren Wirtschaftlich-

<sup>21</sup> Der Begriff Klasse dient nicht dazu, die Größe der sozialen Differenzen zu beschreiben. Er typologisiert soziale Lagen gegeneinander. Vgl. Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression. In Berliner Debatte INITIAL 10(1999)4/5 S. 6f.

<sup>22</sup> Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte INITIAL 1/1998.

<sup>23</sup> Humboldt-Universität zu Berlin: Forschungsprojekt ... a.a.O. (Anm. 13)

<sup>24</sup> Insofern waren die staatssozialistischen Gesellschaften moderne Gesellschaften mit ausdifferenzierten Subsystemen (Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur usw.) und einer gegenmodernen Metastruktur, die Subsysteme über ein umfassendes politisches System - den verkoppelten Partei- und Staatsapparat - wieder ganzheitlich und planmäßig steuern sollten. Vgl. Rainer Land: Staatssozialismus und Stalinismus. In: Lothar Bisky u.a. (Hg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Dietz Verlag Berlin 1996, S. 186. Zum Eigentum im Kommunismus vgl. Peter Ruben a.a.O.

keit man nicht fragen konnte, schon weil sie nicht meßbar war). Das „gesamtgesellschaftliche“ Management aller wesentlichen Ressourcen war ein Fiasko. Statt des proklamierten sozialistischen Ideals „freie und universelle Entwicklung der Individualität eines jeden und aller“ kamen Stagnation, individuelle Unfreiheit und politische Verfolgung abweichenden Verhaltens heraus. Für uns war aber nicht das Faktum der individuellen Unfreiheit und Verfolgung als solches die Erklärung, sondern die dahinter stehenden Strukturen: Einheit von Wirtschaft und Politik, Gewalteneinheit, Interessenübereinstimmung usw. – all jene Strukturen, die die für moderne Gesellschaften typischen funktionalen Differenzierungen aufhoben und statt einer Pluralität eigenständig handelnder, in Wettbewerb und Kooperation interagierender Subjekte ein „Monosubjekt“ konstituierten.<sup>25</sup> Es wäre nicht ausreichend und auch nicht möglich gewesen, in dieses System Demokratie, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit „einzubauen“, solange die für moderne Gesellschaften essentiellen funktionalen Differenzierungen fehlten.

Logischerweise mußte sich das Projekt einer sozialistischen Moderne mit zwei Fragen auseinandersetzen: Erstens, wie können in einer staatssozialistischen Gesellschaft jene Grundstrukturen der Moderne errichtet werden, und zwar ohne daß sie dabei zusammenbricht, und auch ohne größere Stabilitätsverluste (die in der damaligen Weltlage gefährlich schienen)? Diese Frage hatte sich dann spätestens 1990 erledigt.

Die zweite, heute noch relevante Frage: Wie ist auf der Grundlage der Moderne ein sozialistischer Entwicklungspfad denkbar, in welche Richtungen könnte er führen, und welches sind die eine solche Tendenz regulierenden Institutionen, die zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der Moderne hinzukommen müssen, damit sie „sozialistisch“ genannt werden könnte?

Eine sozialistische Moderne – dies würde ich heute genauso sehen wie damals – ist eine Gesellschaft, in der die evolutionäre Potenz moderner Gesellschaften in freie und universelle Entwicklung der Individualität eines jeden und aller verwandelt würde. Das evolutionäre Moment – das stete und endlose Hinausgehen über das jeweils Gegebene – beträfe dann nicht nur den sachlichen Reichtum, nicht nur die Verwertung wirtschaftlicher Ressourcen und die Entwicklung der Produktivität, sondern ebenso Individuen und ihre Lebenswelten, und zwar alle Individuen, jeder im Maß seiner Veranlagungen, seiner Bedürfnisse und nach seiner freien Entscheidung. Eine solche Selektion der Entwicklung des sachlichen Reichtums setzt voraus, daß Gesellschaften je aktuell (also nicht einmal für immer und ewig) bestimmen können, was sie als Bereicherung wollen, und daß sie über Institutionen verfügen, mit denen über Fremdreferenzen (also Kultur und Politik) entsprechende Selektionsprozesse im Wirtschaftssystem installiert werden können. Auch dann würde innerhalb der Wirtschaft das getan, was Gewinn bringt; aber das, was Gewinn bringt, wäre etwas anderes. Die Entwicklungsrichtung des sachlichen Reichtums, also der Produktions- und Lebensbedingungen, der Arbeitsverhältnisse, der Konsumtion, der Infrastrukturen, der Bildung usw. würden sich verändern. Natürlich wußten und wissen wir, daß uns nicht nur „Stalinsten“, sondern auch viele „gute“ Sozialisten und Marxisten „Naivität“ entgegenhalten würden: die „Entfremdungen“ der Moderne wären unvereinbar mit einer solchen sozialistischen Entwicklungsrichtung, Sozialismus sei nur möglich, wenn die Wirtschaft nicht sich selbst, sondern den Menschen dient, also die funktionale Differenzierung, die Trennung von Wirtschaft und Gesellschaft resp. von Wirtschaft, Politik, Kultur usw. aufgehoben wird. Aber wir hatten die Erfahrung, was dann passiert, und damit konnte und kann man uns nicht mehr kommen.

Was aber ist die positive Antwort? Können politische, kulturelle, rechtliche und ethische Kontexte in einem autonomen Wirtschaftssystem mit autonomer Verfügung über Ressourcen, Warenzirkulation, Kapitalverwertung und einem verselbständigten Geldsystem die autonom entstehenden Innovationsprozesse so selektieren, daß eine sozialistische Entwicklungsrichtung herauskommt, die Freiheit individueller Entwicklung bei sozialer Gleichheit bedeutet?

Die Analyse der Entwicklung der westlichen Moderne hatte uns zu der Überzeugung gebracht, daß es gute Gründe für eine solche These gibt. Nicht weil wir den Westen für sozialistisch hielten, sondern weil die Entwicklung der Moderne ein breites Spektrum möglicher Tendenzen aufwies, und zwar nicht nur die aus unserer Perspektive positiven Resultate des „sozialdemokratischen Zeitalters“, die über andere politische Kräfteverhältnisse, Gegenmächte, neue Institutionen und kulturelle Kontexte einen fordistischen

---

<sup>25</sup> Ebenda, S. 33.

Partizipationskapitalismus und Wohlfahrtsstaat hervorgebracht hatten, der die kapitalistische Klassengesellschaft durch ein neues Muster sozialer Differenzierung und einen anderen Mix sozialer Ungleichheit und sozialer Partizipation aufgehoben hatte. Auch die faschistische Variante der Moderne zeigte die Ambivalenz und das Spektrum der Gestaltungsmöglichkeiten moderner Evolutionsmaschinen.

Welche Selektionsrichtung, welche neuen institutionellen Entwicklungen aber führen zu einer sozialistischen Moderne? Die Antwort darauf war in den Jahren 1988/89 sicher noch nicht hinreichend entfaltet, sie ist heute, zehn Jahre später, vielleicht genauer. Aber ein Vorbild, die Vision einer solchen Gesellschaft, gibt es nicht und kann es m.E. auch nicht geben. Es wäre glatter Nonsense, die Universalität von Evolution als Paradigma mit einem konkreten Bild der Zukunft ausfüllen zu wollen. Sozialistische Moderne bedeutet vielmehr, einen Imperativ zu setzen und die entsprechenden Institutionen für seine Umsetzung in die Systeme der Moderne einzubauen. Dieser Imperativ könnte lauten: *Selektiere alle möglichen Entwicklungen, alle potentiellen Innovationen der aktuellen Zeit so, daß sie die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen heute optimieren und die der Zukunft nicht untergraben. Regele den Wettbewerb und die Austragung von Interessengegensätzen und Konflikten einer sozial differenzierten Gesellschaft so, daß die möglichen Kooperationsgewinne größer sind als die Chancen, Gewinne auf Kosten anderer zu machen.* Mit einer nach diesem Imperativ entwickelten institutionellen Verfassung der Moderne würden soziale Differenzierungen in der Tendenz nicht mehr zu sozialer Unterordnung und Unterdrückung führen und die Selbstbezüglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung würde mit den Ressourcen individueller Entwicklung nicht notwendig kollidieren. Dies schließt Fehlentwicklung nicht von vornherein aus, aber es macht sie korrigierbar. Genau diesen Sinn hatte die im Projekt Moderner Sozialismus aufgestellte These über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer „neuen Entwicklungslogik der menschlichen Zivilisation“<sup>26</sup>, die Kooperation<sup>27</sup> nutzt und Unterordnungsgewinne behindert, die also *Wettbewerb* um Kooperationseffekte entfaltet. Dies war und ist nicht ethisch gedacht und setzt keinen besseren Menschen voraus, sondern Institutionen und Organisationen, die durch Kooperationseffekte gewinnen.

Darüber, welche institutionellen Entwicklungen auf einem solchen Weg künftig erforderlich werden, kann man heute nicht sinnvoll spekulieren. Aber man kann sagen, welche Art der Lösung der anstehenden realen Probleme – Globalisierung, Ökologisierung, Krise der Arbeitsgesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme, Krise der öffentlichen Dienstleistungen und der staatlichen Verwaltungen usw. – einer solchen Selektionsrichtung entsprechen würden und welche nicht, was also eine sozialistische Politik zur Modernisierung der Moderne wäre.

Auch wenn man kein Bild einer möglichen sozialistischen Moderne entwerfen kann, so ist es doch möglich darzustellen, in welche Richtung sie auf der Basis der heutigen Gegebenheiten zu gehen hätte und welche institutionellen Reformen auf einem solchen Entwicklungspfad anstehen. Dabei überlagern sich

---

<sup>26</sup> Brie, Land, Petsch, Segert, Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Dietz Verlag Berlin 1989, S. 15. In dieser Studie haben wir nicht nur einige allgemeine Grundlagen eines modernen Sozialismus aufzuzeigen versucht, sondern selbstverständlich auch die Grundzüge einer modernen sozialistischen Politik vom Ausgangspunkt der damaligen DDR her konzipiert. Auch damals ging es im wirtschaftlichen Bereich um Ökologie, Arbeit, eine Transformation des Einkommenssystems, um eine andere Konsumtions- und Lebensweise. Hinsichtlich der Institutionen standen u.a. Autonomie der Betriebe, Wettbewerb, Preise und Geldwesen und eine Verlagerung der Planungskompetenz aus der Zentrale auf die tatsächlich agierenden Wirtschaftssubjekte zur Debatte.

<sup>27</sup> Aus gegebenem Anlaß sei gesagt, daß Kooperation nicht „Kartelle“ meint, sondern eine Form des Wettbewerbs, bei der die Gewinne des einen nicht durch Verluste des anderen, sondern durch Effektivitätssteigerung des Ganzen entstehen. Spieltheoretisch handelt es sich um sogenannte „Positivsummenspiele“. Im Unterschied dazu sind die heutigen Konkurrenzformen häufig Nullsummen- oder sogar Negativsummenspiele. Auch Kartelle sind meist Negativsummenspiele: wenige gewinnen viel, viele verlieren und alle zusammen haben weniger. Typische Beispiele für solche Negativeffekte sind auch die Externalisierungen sozialer oder ökologischer Kosten, viele Instrumente der Staatshaushaltssanierung, vermutlich auch die Liberalisierung des Ladenschlusses oder manche Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Gute Beispiele, auch aus Ökonomie und Rechtsverkehr, gibt der Evolutionsbiologe Richard Dawkins in: Das egoistische Gen, Reinbek 1996. Anders als Rechtsanwälte in Scheidungsverfahren behauptet er: „Nette Kerle kommen zuerst ans Ziel“. Vgl. bes. S. 352ff.

Reformerfordernisse zur Erhaltung der Evolutionsfähigkeit moderner Ökonomie schlechthin mit solchen, die ihre spezifisch sozialistische Gestaltung betreffen.<sup>28</sup>

*Erste* Komponente einer sozialistischen Entwicklung heute ist aus meiner Sicht die Ökologisierung der Produktions- und Lebensweisen dieser Weltgesellschaft und ihrer Teile. Und zwar aus mehreren Gründen: Erstens, weil nur so die Existenzgrundlagen jedweder modernen Gesellschaft überhaupt erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Zweitens, weil die Erhaltung der Natur und eine menschengerechte Lebenswelt eine zentrale Voraussetzung individueller Entwicklung sind. Drittens, weil dies ein Entwicklungspfad wäre, der neue Potentiale für Innovationen und einen anderen Typ wirtschaftlichen Wachstums erschließt und damit auch neue Felder für Erwerbsarbeit schafft. Viertens, weil damit ein aus heutiger Sicht unerschöpfliches Feld für die Bereicherung der Lebenswelten, der individuellen und kollektiven Eigenarbeit gegeben ist, ohne das eine Erneuerung von Lebenssinn und damit der kulturelle Kontext eines anderen wirtschaftlichen Entwicklungspfads nicht denkbar sind.

*Zweitens* geht es um eine Neuverfassung der Arbeitsgesellschaft, die nicht einfach neue Felder für traditionelle Industriearbeit erschließt und die Lösung auch nicht in einer immer weitergehenden Verwandlung sinnstiftender lebensweltlicher Eigenarbeit in Dienstbotenjobs sucht, sondern die einen neuen Typ von Erwerbsarbeit hervorbringt, der die formalen Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung, selbständiger Erwerbstätigkeit, Unternehmertum, gemeinnütziger Arbeit und kollektiver Eigenarbeit vielleicht nicht gleich aufhebt, aber doch aufbricht, ein flexibleres Arbeitszeit- und Erwerbssystem mit einem Grundeinkommen für erwerbsarbeitsfreie Zeiten kombiniert und so neue soziale Differenzierungsmuster entstehen läßt, die frei von sozialer Ungleichheit sind und keinen Ausschluß bestimmter sozialer Gruppen aus Partizipation bedeuten.

*Drittens* geht es um den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die an die Stelle eines besitzstandwahrenden und konsumorientierten Überbaus über das Normalarbeitsverhältnis eine von Stand und sozialer Rolle unabhängige Grundsicherung setzen, die der einzelne durch Eigenvorsorge im Maße seines Einkommens ergänzen kann, z.B. auch innerhalb genossenschaftlicher Organisationen.

*Viertens* muß der Entleerung der Lebenswelten durch die Verwandlung sinnstiftender Eigenarbeit in kommerziell organisierten Konsum eine neue, vielgestaltige Lebensweise entgegengesetzt werden. Freie Zeit als sinnvolle Zeit für die Gestaltung reichhaltiger Lebenswelten und die Entwicklung neuer Gemeinschaftlichkeit bedeutet auch, an die Stelle der Partizipation an wachsendem Konsum die Selbstbestimmung über Lebensqualität, Lebenssinn und Kreativität zu setzen, die Rückgewinnung der Gestaltungshoheit über die lokalen und regionalen Lebensbedingungen.

Eine sozialistische Politik besteht also auch darin, die Selbstgefährdungen der Moderne durch Reformen unter Kontrolle zu halten und so die Evolutionsfähigkeit moderner Gesellschaften zu erhalten, z.B. durch Ökologisierung des Wirtschaftens, Neuordnung der Erwerbsarbeit oder Sicherung der Finanzierbarkeit der Sozialsysteme etc. Dies allein aber ist nicht spezifisch sozialistisch. Diese Evolutionspotentiale für die freie und universelle Entwicklung der Individuen, und zwar aller, umzusetzen, erfordert eine Politik zur Sicherung freier Entwicklung der Lebenswelten der Individuen.<sup>29</sup> Emanzipation bedeutet zunächst die

---

<sup>28</sup> Ich beschränke mich hier wieder weitgehend auf ökonomische Aspekte. Eine breitere und prägnante Darstellung gab Michael Brie: „Moderner Sozialismus“ – modische Schimäre oder neue Suchrichtung? In: Freitag Nr. 45 vom 3. November 1995.

<sup>29</sup> Lebenswelt ist die Gesamtheit individuellen und gemeinschaftlichen Handelns zur Reproduktion und Entwicklung der Individuen als biologischen und sozialen Lebewesen. Lebenswelt kann *kein* System, (kein gesellschaftliches Subsystem) im Sinne der Systemtheorie sein, denn es beruht nicht auf der selbstreferentiellen Regulation aller Handlungen entlang eines einzigen Maßes (Geld, Macht, Wahrheit, Geltung, Sinn in jeweils binärer Codierung). In der Lebenswelt wird die Gesamtheit individueller und gemeinschaftlicher Lebenstätigkeiten nicht durch gesellschaftliche Institutionen reguliert, sondern durch die gemeinschaftlich agierenden Individuen selbst. Institutionell verfaßt werden können nur die Schnittstellen von Lebenswelt und Gesellschaft. Lebenswelt umfaßt aber nicht nur die Gesamtheit individueller Handlungen außerhalb der Systeme, also die Eigenarbeit, den Konsum, die Freizeit, den eigenen Körper, den Partner, die Kinder, die natürliche Umwelt und die biosozialen Gemeinschaften mit anderen. Auch die Handlungen der Individuen in gesellschaftlichen Subsystemen, Arbeit, politisches Handeln, kulturelle Kommunikation, sind aus der Perspektive der Individuen ihre Lebenswelt. Der duale Charakter aller gesellschaftlichen Handlungen in modernen Gesellschaften besteht gerade

Aufhebung der Unterordnung individuellen Lebens unter die Funktionserfordernisse der Subsysteme, der Wirtschaft im besonderen.<sup>30</sup> Dabei kann Politik nicht vorgeben, worin Inhalte einer solchen Lebenswelt zu bestehen hätten. Aufhebung der Unterordnung bedeutet, die autonome Selbstorganisation und Entwicklung lebensweltlicher Zusammenhänge zu gewährleisten und in den Konflikten mit systemischen Zwängen solche Vermittlungen zu finden, die die Autonomie der Lebenswelten sichern, sie vor der Funktionalisierung durch Wirtschaft, Politik oder Kultur schützen, aber umgekehrt auch die Eigendynamik der Subsysteme bewahren. Sozialistische Politik bedeutet nicht, gesellschaftlich über die Entwicklung der Lebenswelten zu verfügen, sondern deren Eigendynamik zuzulassen und zu fördern - durch entsprechende Arbeitszeit- und Einkommensregime, durch einen Rahmen für qualitativ bessere Arbeitsbedingungen, durch Bereitstellung von Ressourcen für gemeinschaftliche Eigenarbeit, Kultur und lokale Selbstverwaltung. Und natürlich durch Freiräume für die politische Selbstorganisation der Bürger zwecks Einflußnahme auf Wirtschaft, Politik und Kultur, auf die Gestaltung der Rahmenbedingung dieser Systeme. Eine sozialistische Moderne reguliert nicht die Lebenswelt, aber sie reguliert die Schnittstellen der Gesellschaft, der Subsysteme, zu den Lebenswelten, und zwar anders, als Fordismus oder Neoliberalismus.<sup>31</sup> Kapitalistische Moderne subsumiert die Lebenswelten der Individuen unter das Subsystem Wirtschaft, funktionalisiert Leben zur Produktion von Arbeitskräften. Eine sozialistische Moderne kann Wirtschaft nicht wieder unter die Lebenswelt subsumieren (ohne sie als Wirtschaft aufzuheben), aber sie setzt Selbstorganisation, Evolution und Eigensinn der Lebenswelten frei. Der Widerspruch zwischen einer selbstreferentiellen Ökonomie und der Eigendynamik der Lebenswelten kann nicht „endgültig“ aufgelöst, er muß in den je aktuellen Entscheidungen immer wieder ausgetragen werden, solange es moderne Gesellschaften gibt.

Die fordistische Moderne war kein Sozialismus, aber ihre sozialen Differenzierungsmuster haben eine bestimmte Art der Partizipation und der sozialen Sicherheit gewährleistet, die in einer kapitalistischen Klassengesellschaft undenkbar gewesen wären. Der Neoliberalismus will die Krise des Fordismus überwinden, indem er die Eigendynamik und Selbstorganisation der Wirtschaft von den Fesseln politischer und kultureller Bindungen wieder befreit. Ich denke, hier zeigt sich, daß der moderne Sozialismus tatsächlich der Antipode des Neoliberalismus ist. Und zwar nicht, weil er den fordistischen Wohlfahrtsstaat verteidigt, den der Neoliberalismus zu beseitigen sucht und in gewissem Maße auch schon ausgehöhlt hat. Auch eine moderne sozialistische Politik muß die fordistische Ökonomie überwinden und deren Institutionen umbauen, weil sich in Krisen zeigt, daß deren Entwicklungspotentiale ausgeschöpft sind. Aber die Freisetzung evolutionärer Potentiale der Wirtschaft durch Entleerung ihrer Umgebung schafft keinen neuen Entwicklungspfad, obwohl sie vielleicht Hindernisse beseitigt. Moderner Sozialismus dagegen setzt nicht auf den Abbau der Bindungen der Wirtschaft an kulturelle, soziale, ethische und lebensweltliche Kontexte, er setzt auf die Veränderung dieser Bindungen, indem er Lebenswelten aus der Subsumtion unter Wirtschaft und Politik freizusetzen versucht. Dieser neue Kontext schafft ein anderes Umfeld für die Eigendynamik von Wirtschaft, er setzt Grenzen, aber er öffnet auch neue Felder. Nicht durch die Befreiung der Wirtschaft, sondern die Veränderung ihrer politischen und kulturellen Umwelt kann ein neuer, den Fordismus ablösenden Entwicklungspfad entstehen.

---

darin, daß sie zugleich einer Systemdynamik und einer lebensweltlichen Dynamik angehören. Arbeit beispielsweise ist ebenso Bestandteil der gewinnorientierten Verwertung wirtschaftlicher Ressourcen wie der Lebenswelt des Arbeitenden mit eigenem Sinn. Die damit verbundenen Widersprüche muß jedes Individuum in modernen Gesellschaften vermitteln, und sei es nur dadurch, daß die Arbeit als notwendiges Mittel der Aneignung des Lebensunterhaltes in die lebensweltliche Sinnkonstruktion eingebaut wird.

<sup>30</sup> Aufhebung der Unterordnung kann nicht Beseitigung der Abhängigkeit bedeuten. Auch eine autonome Wirtschaft funktioniert nicht ohne Arbeit, auch eine frei gestaltete Lebenswelt benötigt Konsumgüter und kommerziell angebotene Dienstleistungen. Aufgehoben wird nicht die Abhängigkeit, sondern die Unterordnung.

<sup>31</sup> Hier müßte eigentlich etwas dazu gesagt werden, welche institutionellen Reformen aus der aktuellen Perspektive anstehen. Dies würde die Dimensionen dieses Beitrags sprengen. Ich verweise auf die Debatten in unserem Projekt „Perspektiven einer sozialistischen Moderne“, nachzulesen in

Moderne ist möglich ohne Sozialismus, Sozialismus nicht ohne Moderne. Nur moderne Gesellschaften können Menschheits-Katastrophen produzieren, d.h. Entwicklungen in Gang setzen, deren Resultate nicht mehr korrigierbar sind, weil sie schneller manifest werden, als Rückkopplungen eintreten. Eine vor-moderne Gesellschaft, die ihre Naturbasis zerstört, findet woanders oder durch den Wechsel ihrer Produktionsweise einen Ausweg. In der Moderne sind die Wirkungen größer, schneller und einseitiger. Sie kann ihre Entwicklungsfähigkeit nur erhalten, wenn sie immer wieder Institutionen schafft, die diese Wirkungen kontrollieren und die evolutorische Eigendynamiken dahingehend beschränken. Risikokommunikation und Selbstbeschränkung sind die notwendige Kehrseite moderner Evolution.<sup>32</sup>

Aber als Evolutionsmaschine sind moderne Gesellschaften auch die einzige Chance für Emanzipation, weil nur sie eine kommunikative Gestaltung der Lebenswelten durch selektive Evolution ermöglichen. Die Möglichkeit einer permanenten und kommunikativ gestaltbaren Umwälzung der produzierten Lebensbedingungen, der Arbeit wie der Lebensweise, ist die Voraussetzung für Selbstbestimmung und universelle Entwicklung der Individuen. Darin besteht die emanzipatorische Bedeutung moderner Gesellschaften. Während Emanzipation vor der Moderne nur im engen Rahmen eines unhinterfragbaren tradierten Ganzen, innerhalb bornierter Abhängigkeiten und nur für bestimmte soziale Gruppen möglich war, sind moderne Gesellschaften potentiell in der Lage, universelle Abhängigkeiten und Unterdrückungen zu erzeugen, aber auch Emanzipation universell zu setzen.

---

<http://berlinerdebatte.sireco.de/sozmod>.

<sup>32</sup> Um Mißverständnissen vorzubeugen: Selektive Evolution kann und muß heute auch in der Verlangsamung der Verbreitung von Innovationen und Ausschluß bestimmter Inventionen aus der Anwendung bestehen. Dies ist aber etwas ganz anderes, als das Abwürgen oder Drosseln von Entwicklung. Die notwendig zunehmende Selektivität bedeutet sowohl „Entschleunigung“ als auch Zunahme evolutorischer Effekte. Während der Rückgang von Innovationen die Evolution abwürgt (Beispiel Staatssozialismus) und zu dramatischen Effektivitätsrückgängen führt (auch und gerade der ökologischen Effektivität) setzen Entschleunigung und Zunahme von Selektivität mehr potentielle Innovationen voraus und können positive Wirkungen auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Effizienz haben. Selektivität hinsichtlich der Gestaltung der Lebenswelten bedeutet, daß deren eigendynamische Entwicklung als Umwelt des Wirtschaftssystems auf die internen Selektionsprozesse der Wirtschaft einwirkt. Übrigens: Weil die Natur auch unmittelbar Teil der Lebenswelt ist, schließen lebensweltlich bedingte Selektionsprozesse auch immer den Erhalt der Natur ein. Der Druck, ökologische Selektionskriterien ins Wirtschaftssystem zu internalisieren, kommt daher von zwei Seiten. Es geht um die (langfristigen) Bedingungen der Kapitalverwertung selbst als systemischem Zwang, und es geht um die praktischen und moralischen Zwänge in den Lebenswelten der Individuen. Dieser Dualismus prägt bekanntlich den ökologische Diskurs.